

Dimensionen des Europäismus

Debatten um Europa seit dem Mittelalter

Landry Charrier*



Am Anfang eines jeden Engagements steht eine Idee, ein Traum, ein Verlangen. Die Vorstellung eines vereinten Europas ist keine neue Idee. Sie bestand in Grundzügen bereits im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit.

L'Europe depuis le Moyen Age

L'idée d'une union européenne n'est pas l'apanage du 20^e siècle. Un diplomate du roi de Bohême a proposé en 1464 d'unir les 15 principales puissances européennes pour constituer une communauté chrétienne de défense d'Etats souverains et faire obstacle à l'expansion de l'Empire ottoman dans le sud-est de l'Europe. Et en 1636, le duc de Sully lançait une initiative



(le « *Grand dessein* ») dans le même sens avec une fédération de 15 Etats chrétiens contre l'Empire ottoman et la Russie pour venir en aide à un continent frappé depuis une vingtaine d'années par des conflits religieux et politiques. Charles-Irénée

de Saint-Pierre, écrivain et philosophe, décrira en 1713 ce « *Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe* ».

Réd.

Antoine Marini war einer der ersten, der sie zum Thema einer detaillierteren Abhandlung machte. Als Anführer einer diplomatischen Gesandtschaft des Königs von Böhmen schlug er 1464 vor, die 15 wichtigsten europäischen Mächte in einer christlichen Verteidigungsgemeinschaft souveräner Staaten zu vereinen. Ihm ging es dabei vor allen Dingen darum, die Expansion des Osmanischen Reiches im Südosten Europas zu stoppen. Das „*Grand Dessein*“ des Herzogs von Sully, das 1636 entstand, war von ähnlichen Absichten bestimmt. Europa war damals seit knapp 20 Jahren von einer fast ununterbrochenen Reihe religiöser und politischer Kon-

flikte heimgesucht. Um die Stabilität des Kontinents zu gewährleisten und ihn vor dem Osmanischen Reich und

Russland zu schützen, empfahl Sully die Gründung eines Allgemeinen Europarats gleichberechtigter Staaten. Der mächtigste Minister des französischen Königs Henri IV. nannte auch 15 christliche Staaten, die sich zu einer Föderation zusammenschließen und somit das Heilige Römische Reich auflösen sollten. Das „*Grand Dessein*“ wurde 80 Jahre später vom französischen Schriftsteller und Philosophen Charles-Irénée de Saint-Pierre präzisiert. Der Titel seiner Reflexionen ist vielsagend: *Projet pour rendre la paix perpétuelle en Eu-*

ropä

* Dr. Landry Charrier ist *Maître de conférences* HDR am Institut für Germanistik der Clermont-Auvergne-Universität. Er ist Mitglied des Forschungszentrums „Centre d'Histoire, Espaces et Cultures“.

rope (1713). Der Abbé de Saint-Pierre, der von dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714) geprägt war, stellte sich eine Föderation vor, die dem Frieden in Europa dienen sollte. Dabei sollten die großen europäischen Monarchien unter der Leitung eines „ewigen Senats“ stehen, der die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen der Staaten untereinander regeln sollte. Sein Text wurde von Jean-Jacques Rousseau zu Beginn der 1760er-Jahre wiederentdeckt, zu einem Zeitpunkt, als Europa und die Welt mitten im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) steckten. Erneut war es ein Krieg, der die Vereinigung des Kontinents zum Gegenstand von solchen Überlegungen machte. Dieser Krieg, von dem Winston Churchill später sagen sollte, dass er der „erste wirklich globale Konflikt“ gewesen sei, inspirierte Rousseau zu einer Schrift, die 1761 erschien (*Jugement sur le projet de paix perpétuelle*). Das Projekt Rousseaus entstand vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Schwächung der verschiedenen Kriegsparteien. Es nahm eine Reihe von Saint-Pierres Ideen auf, mit dem Unterschied, dass die Bundesverfassung, die er anvisierte, auf dem Grundsatz des nationalen Willens (*volonté nationale*) beruhen sollte.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte die Skizze (*Zum ewigen Frieden*), die Immanuel Kant während der Französischen Revolution 1795 verfasste. Mit diesem Projekt stand aber Kant nicht allein. Die Jahre 1792–1815, die oft als Zeit des „permanenten Krieges“ bezeichnet werden, brachten eine beträchtliche Anzahl von Abhandlungen hervor, wie man den Kontinent befrieden könne. Dazu zählt Novalis' idealistische Friedensschrift *Die Christenheit oder Europa* (1799 entstanden). Dazu zählt aber auch das Werk des Philosophen Claude Henri de Saint-Simon, das 1814 in Zusammenarbeit mit dem jungen Historiker Augustin Thierry entstand. Diese Utopie, die für die Verhandlungsführer auf dem Wiener Kongress bestimmt war, setzte sich für die Gründung eines europäischen Parlaments und die Einführung eines gesamteuropäischen Rechtssystems ein. In der ersten Phase sollten England und Frankreich eine Art

Kerneuropa bilden, das dann durch die Mitgliedschaft Deutschlands und anderer europäischer Staaten ergänzt werden würde.

Die Idee eines vereinten Europas

Im 19. Jahrhundert entwickelte der Europäismus eine neue Dimension dank der rasch aufkommenden pazifistischen Gruppen und der Vervielfachung internationaler Kongresse. Die Abhaltung dieser großen Zusammenkünfte wurde durch verbesserte Transport- und Kommunikationsmittel vereinfacht. Sie gewährleistete eine stärkere Breitenwirkung von Ideen, die vorher auf einige



„aufgeklärte Geister“ beschränkt geblieben waren. Um zu verstehen, warum die Idee eines vereinten Europas um diese Zeit an Bedeutung gewann, muss man auch wirtschafts- und militärgeschichtliche Entwicklungen in Betracht ziehen.

Von Beginn des 16. Jahrhunderts bis Ende des 19. Jahrhunderts hatte Europa eine unbestrittene Hegemonie in der Welt genossen, so dass die notwendige Voraussetzung für die Entstehung einer „Schicksalsgemeinschaft“ (Edgar Morin) nicht gegeben war. Diese Vorstellung gewann im späten 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen neuer außereuropäischer Mächte allmählich an Bedeutung.

Der Erste Weltkrieg, der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten (1917) und ihre Einmischung in die Reorganisation des Kontinents schienen zu bestätigen, dass Europa in eine Phase des Niedergangs eingetreten war, aus der nur die Vereinigung

seiner Kräfte einen Ausweg bot. Die Idee der deutsch-französischen Versöhnung war ein wichtiges Element der „*europäischen Bewusstseinsformung*“ (Robert Frank), die sich vor dem Krieg und während des Krieges innerhalb einer Minderheit von Intellektuellen entfaltet hatte (Annette Kolb, Alfred Hermann Fried, Georg Friedrich Nicolai, Romain Rolland, Stefan Zweig). Nach Versailles (Juni 1919) beschleunigte das rasche Zurückziehen der angelsächsischen Welt von den Angelegenheiten des Kontinents diesen Trend. Sicher gab es in Europa weitere Konfliktlinien (vor allem im Donauraum, auf dem Balkan und im Baltikum), aber es war offensichtlich, dass die Hauptgefahr einer Eskalation in einem möglichen Revanchekrieg zwischen Frankreich und Deutschland bestand. Deshalb betrachtete die überwiegende Mehrheit der Einigungsprojekte, die in den 1920er-Jahren entwickelt wurden, die deutsch-französische Partnerschaft als *conditio sine qua non* für die Rettung des Kontinents.

Vor ihrem Durchbruch auf breiter Basis – ab 1923–1924 – wurde die Idee eines vereinten Europas von einer kleinen Minderheit Intellektueller gefördert, die sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs dem Europäismus zugewandt hatte. „*Ich hatte nicht gedacht, dass Europa wirklich existiert*“, schrieb Paul Valéry im Juni 1919 in seinem berühmten Aufsatz über die „*Krise des Geistes*“. „*Dieser Name war mir nur ein geographischer Begriff. Wir denken nur zufällig an die dauerhaften Umstände unseres Lebens; wir nehmen sie nur wahr, wenn sie sich plötzlich verändern.*“ Weiter heißt es: „*Die unmittelbare Folge des Ersten Weltkrieges war, dass er den Niedergang Europas noch weiter verdeutlicht und forciert hat.*“ Diese Besorgnis wurde von einigen Intellektuellen geteilt, freilich nicht nur in Frankreich und Deutschland, wo eigentümliche Propheten ihre Stimme erhoben und den „*Untergang des Abendlandes*“ ausriefen (Oswald Spengler, Albert Demangeon). Sie beeinflusste auch eine Minderheit der europäischen Kulturrelite und bewegte sie dazu, die Bedingungen für eine Befriedung des Kontinents zu prüfen. Diese Bewegung gab dem Willen Ausdruck, auch in einem durchaus ungünstigen politischen Kontext dauerhaft friedlich zusammenzuleben. Während dieser kurzen Phase der „Bewusstseins-

formung“ (1919–1923) war Europa für diese „Vordenker Europas“ noch ein unbestimmter Begriff. Deshalb haben sie in ihren Artikeln (in *La Nouvelle Revue Française*, *Neue Rundschau*, *Neuer Merkur*, *Luxemburger Zeitung*, *Revista de Occidente*, *The Criterion*, *Wissen und Leben* oder *La Revue de Genève*) nur selten über die konkreten Formen einer Einigung nachgedacht. In der ersten Hälfte der 1920er-Jahre waren diese Zeitschriften wichtige Orte des geistigen Austausches, wo man das Spiel der „Wahlverwandtschaften“ auch jenseits der gegenseitigen Vorurteile austragen konnte. Sie ermöglichten einen kontinentalen Ideenaustausch und das Abhalten von Tagungen, wie dies etwa in Pontigny (Burgund) und Colpach (Luxemburg) der Fall war, jenen beiden „*Kernstätten der Zukunft Europas*“, um die Formel vom französischen Philosophen Paul Desjardins zu verwenden. André Gide, Roger Martin du Gard, Jacques Rivière, Ernst Robert Curtius und Heinrich Mann gehörten zu den wenigen Intellektuellen, die in dieser kurzen Phase die Fenster der Möglichkeiten entdeckten und den Weg zum Anderen suchten.

Neue Impulse nach dem Ersten Weltkrieg

Die Besetzung des Ruhrgebiets und die darauffolgende Konfrontation zwischen Besatzern und Besetzten hatten die Anhänger Einheitsutopien in ihrer Meinung bestärkt. Unter der Führung schillernder Persönlichkeiten beschränkten sich solche Überzeugungen nach 1923 nicht mehr nur auf gewisse kulturelle Kreise. Sie beeinflussten nach und nach politische und wirtschaftliche Zweige. Damit setzten sie eine vielgestaltige Dynamik in Gang, die oftmals als „erstes goldenes Zeitalter der europäischen Bewegung“ bezeichnet wird. Jene Dynamik erhielt im Jahre 1925 neue Impulse durch die Vereinbarungen, die Aristide Briand und Gustav Stresemann in Locarno unterzeichneten. Sie wurde 1929 durch die Rede gekrönt, die Aristide Briand im Völkerbund hielt und in der die Errichtung eines „föderativen Bandes“ unter den europäischen Nationen vorschlug. In der Folgezeit wurde sie aber erheblich durch die Folgen der Wirtschaftskrise, den Tod des deutschen Außenministers, und das Aufkommen des Nationalsozialismus und des Faschismus beeinträchtigt.

Von nun an war sie nur noch das Privileg weniger Persönlichkeiten, die später noch eine bedeutende Rolle spielen sollten: Paul-Henri Spaak, Jean Monnet oder auch Altiero Spinelli und Ernesto Rossi.

Unter den vielen Persönlichkeiten, die sich in dieser Zeit für die europäische Sache einsetzten, war eine bekannte Figur, die an der Schnittstelle all dieser Milieus stand: der Graf Richard Coudenhove-Kalergi. Auch wenn seine Bedeutung



durch diverse Biografen überbewertet worden ist, erscheint der Graf als ein Paradebeispiel des überzeugten Europäers. Er, der als Denker, Aktivist, Doktrinär und Propagandist in einer Person funktionierte, verstand es, die europäische Idee aus der intellektuellen Sphäre in den praktisch-politischen Bereich zu übersetzen. Mit einer programmatischen Schrift aus dem Jahre 1923, die den Titel *Pan-Europa* trug, machte er sich zum Verkünder eines kontinentalen Staatenbundes, von dem Irland, die Türkei, Russland und Großbritannien ausgeschlossen waren. Ziel dieses Projektes war es, 26 große und sieben kleine Staaten mit insgesamt 300 Millionen Einwohnern zu vereinigen: damit sollte sich Europa gegen die wirtschaftliche Konkurrenz der USA und die Möglichkeit einer bolschewistischen Invasion effektiv wehren können.

Angesichts der Schwierigkeiten, die ehemaligen kriegführenden Staaten wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen, gehörten auch wirtschaftliche Kreise zu den ersten, die nach dem Weltkrieg eine Umstrukturierung der europäischen Konstellation in Betracht zogen. Zwei parallele Ansätze seien an dieser Stelle genannt: eine liberale Variante plante eine Zollunion, während

eine zweite (man könnte sie als kontraktuell bezeichnen), die die Schaffung von Kartellen oder europäischer Abmachungen für die Grundstoffindustrien bevorzugte. Der liberale Weg wurde vor allem von zwei Vereinigungen vertreten: die Europäische Zollunion (*Union douanière européenne*), die 1925/26 von den Franzosen Charles Gide und Francis Delaisi mit dem Ziel gegründet wurde, Europa „zu einem großem Markt zu machen, der offen ist für den freien Verkehr von Waren, Kapital und Personen“, und das Komitee für Wirtschafts- und Zollfragen (*Comité d'action économique et douanière*), das etwa zur gleichen Zeit ins Leben gerufen wurde. Der zweite Ansatz, der kontraktuelle, war das Ergebnis einer Vielzahl von theoretischen Konstruktionen, die teilweise miteinander konkurrierten.

Die Erfahrung des führenden Luxemburger Stahlindustriellen Emile Mayrisch verdient an dieser Stelle Aufmerksamkeit. Als Vorreiter der Europäischen Gemeinschaft für Kohl und Stahl (EGKS) leitete er eine Kooperation der Stahlindustrien ein und begünstigte die Schaffung weiterer industrieller Vereinbarungen. Die Bemühungen Mayrischs sind auch insofern interessant, als sie die Bedeutung der „europäischen Bewusstseinsformung“ verdeutlichen, die von den kulturellen Eliten der frühen Nachkriegszeit gefördert wurden. Das Stahl-Kartell, das der Industrielle im August 1926 gründete, sollte ihm vor allem dazu dienen, die Lage seiner Stahlwerke zu verbessern: Durch den Bruch der Zollunion mit Deutschland 1919 waren sie in Mitleidenschaft gezogen worden. Mayrisch, der sowohl von seiner Kohlenzufuhr als auch von seinem üblichen Absatzmarkt abgeschnitten war, plante sehr früh eine Art europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die auf den gemeinsamen Interessen mehrerer Länder beruhte. Das Projekt wurde durch die zweisprachige *Luxemburger Zeitung* gefördert, die Zeitschrift, die er gekauft hatte und für die er hervorragende Intellektuelle zu gewinnen wusste: Neben dem Romanisten Ernst Robert Curtius gehörte der Schriftsteller Jacques Rivière zu jenen,

die seine Ambitionen unterstützten. Die internationale Entspannung im Zuge des Abkommens von Locarno (1925) und des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund (1926) begünstigte schließlich die pragmatische Umsetzung des Stahlkartells (auch „Internationale Rohstahlgemeinschaft“ genannt) durch Mayrisch. Im folgenden Jahr erweiterte das Kartell durch den Beitritt der österreichischen, ungarischen, und tschechoslowakischen Stahlindustrie seinen Einfluss auf ganz Europa.

Somit markierten die 1920er-Jahre die wahren Anfänge der Idee einer europäischen Gemeinschaft. Es „bedurfte“ jedoch der Schrecken des Zweiten Weltkriegs, um den Prozess der europäischen Einigung in Gang zu bringen. Die hauptsächlichsten Antriebskräfte der Zeit vor 1939 waren dabei wieder voll wirksam. Das Streben nach der Schaffung eines dauerhaften Friedens und nach einer deutsch-französischen Aussöhnung bildete die Grundlage für Pläne, die noch vor dem Ende des Konflikts von einigen Widerstandsbewegungen und Exilanten entwickelt wurden. Auch der Kampf gegen den Niedergang Europas war ein wichtiger Faktor bei der europäischen Integration, auch wenn er im Kontext der beiden Supermächte, den USA und der Sowjetunion, nur eine zweit-rangige Rolle zu spielen schien.

Zwei weitere Faktoren waren an dem Prozess der „europäischen Bewusstseinsformung“ nach 1945 beteiligt: auf der einen Seite der Wunsch, den Demokratiedanken zu stärken, und auf der anderen Seite die Bedrohung durch die Sowjetunion. In diesem Europa, das nunmehr durch einen Eisernen Vorhang getrennt war, wirkte der Kalte Krieg als Katalysator. Die unmittelbare Nachkriegszeit war ungünstig für die Schaffung eines europäischen Blocks gewesen, der mit den Vereinigten Staaten von Amerika hätte konkurrieren können. Aber seit etwa 1947 – und noch mehr im Zuge der Globalisierung des Kalten Krieges (1949–1950) – unterstützten herrschende US-amerikanische Kreise die wirtschaftliche Integration und politische Organisation Westeuropas. Etwa zur gleichen Zeit begann Frankreich, seine Strafpolitik zu überdenken, die es seit dem Ende des Krieges gegenüber Deutschland praktizierte. Unter der Führung von Außenminister Robert Schuman suchte es nach einer europäischen Lö-

sung für das „deutsche Problem“. Das Trauma von 1940, die bevorstehende Auflösung des französischen Kolonialreiches und das Gespenst des Kalten Krieges hatten vielen in Frankreich verdeutlicht, dass die nationalen Interessen nur schwer in Isolation zu verteidigen waren.

Noch vor den ersten konkreten Ergebnissen Ende der vierziger Jahre erlebte der europäische Aktivismus eine neue Blütezeit und den Beginn eines „zweiten goldenen Zeitalters“. Seit 1946, dem Jahr, als Winston Churchill in Zürich zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa aufrief (eine institutionelle Beteiligung Großbritanniens kam für ihn aber nicht in Frage), wurden diverse kontinentale Tagungen und Kongresse abgehalten. Der Kongress in Den Haag im Mai 1948 war sicherlich die spektakulärste jener Veranstaltungen, die sich für die Wiederbelebung des europäischen Gedankens einsetzten. Diese Zusammenkunft, die unter dem Vorsitz von Winston Churchill stand und von fast 800 Delegierten besucht wurde, ist nicht nur wegen der öffentlichen Diskussion der europäischen Frage in die Geschichte eingegangen, sondern auch wegen des Ranges seiner Teilnehmer: Konrad Adenauer, Raymond Aron, Richard Coudenhove-Kalergi, Walter Hallstein, Harold Macmillan, François Mitterrand, Paul Ramadier, Paul Reynaud, Ernesto Rossi, und Altiero Spinelli, um nur einige zu nennen. Auch wenn sie von tiefen Spaltungen zwischen Unionisten und Föderalisten geprägt war, war sie ein Schlüsselmoment in der Geschichte der europäischen Bewegung.

Freilich ist der europäische Integrationsprozess nicht erst mit der Konferenz, die auch heute noch oft mystifiziert wird, in Gang gesetzt worden. Westeuropa, das zu diesem Zeitpunkt unter dem Gefühl der sich konkretisierenden sowjetischen Bedrohung stand, hatte bereits ein paar Monate vorher erste Schritte der Zusammenarbeit in Verteidigungs- (Brüsseler Pakt, 1948), Wirtschafts- (OECD), und Handelsfragen (Zollabkommen zwischen den Niederlanden, Belgien, und Luxemburg, 1947) in die Wege geleitet. Es ist aber nicht zu leugnen, dass er den politischen Entscheidungsträgern einen „zusätzlichen Anstoß“ zur Entfaltung einer Dynamik gab, die in Entstehung begriffen war.